

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulkommission und des Hauptzollamts zu Baugen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag des Buchdruckers Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Verkaufsweg: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 5.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 5.50, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 15.— ohne Zustellungsgebühr. **Postämter:** Postboten, sowie Zeitungsträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1321. **Gemeindeverbandskassen:** Bischofswerda Konto Nr. 64. **Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art —** hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenspreis: Die doppelte Grundzeile (Zw. Zeile 1) oder deren Raum 1.40 Mk., dreifache Anzeigen 1.— Mk. Im Einzelteil (Zw. Zeile 14) 4 Mk., die doppelte Zeile bei Anzeigebestellungen nachstehend. — **Amliche Anzeigen:** die doppelte Zeile 2.40 Mk. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — **Erstausgabe:** Bischofswerda.

Nr. 257.

Donnerstag, den 3. November 1921.

76. Jahrgang.

Der Stand der Mobilisierung in der Tschechei.

Infolge der Telephonsperrung und der strengen Zensur, die seit der Mobilisierung in der Tschechoslowakei herrschen, gelangen nur wenige im Sinne der Prager Regierung gefärbte Meldungen über die Grenze. Unserem Mitarbeiter ist es gelungen, der Wahrheit entsprechende Berichte über den Fortgang der Mobilisierung zu erhalten. Er gibt uns hierüber folgende interessante Darlegungen: Das tschechische amtliche Pressebüro verbreitet am Sonntag die Meldung, daß sich die Mobilisierung im ganzen Staatsgebiete in vollster Ordnung vollziehe. Wie die Vorgänge von Graslitz, Rumburg und anderen Orten Deutschböhmens zeigen, entspricht dies durchaus nicht den Tatsachen. Es muß vielmehr festgestellt werden, daß die tschechische Militärverwaltung überhaupt nicht in der Lage ist, eine Mobilisierung durchzuführen. Die Magazine der Regimenter sind vollständig leer, und die Militärverwaltung kann den einrückenden Reservisten nicht einmal ein Tschentuch geschweige denn Uniform und Ausrüstung ausbändigen. Der Bestand an Gewehren ist überaus gering, da offenbar die Sokolvereine, die Waffen, die ihnen feinerzeit zu „Übungswecken“ überlassen wurden, nicht mehr abgeliefert haben. Auch die mangelhafte Ausrüstung, die nach dem Umsturz den in die Heimat zurückkehrenden Feldsoldaten von den tschechischen Bahnhofskommandos abgenommen wurden, sind spurlos auf den dortzulande nicht ganz unbekanntem Wege verschwunden. Die Eingekerkerten, die in den Kasernen umher, und am Montag, dem vierten Mobilisierungstage, konnte noch nicht einmal die Präsentierung, d. h. die Feststellung des Standes der Eingekerkerten, vorgenommen werden. Bei allen Truppenteilen herrscht nach der übereinstimmenden Aussage aller Augenzeugen ein nicht zu überbietender Wirrwarr. Niemand trifft Anordnungen. Werden sie dennoch gegeben, so ist keine Exekutive vorhanden, die sie durchzuführen kann. In den geräumigen Kasernen von Theresienstadt, in denen 1914 zwei Infanteriedivisionen untergebracht waren, ist auf einmal kein Platz mehr für 1000 Reservisten. Man muß die Leute in den nahen tschechischen Dörfern einquartieren, wo sie sich langsam aber sicher wieder versammeln. Trotz des Befehls, innerhalb 24 Stunden einzurücken, sind bei 3 Regimentern bis zum 31. Oktober abends kaum 40 v. H. bei ihren Stammkörpern erschienen. Die Deutschböhmen lassen sich Zeit. Es gibt noch heute ganze weite Landstriche, aus denen überhaupt noch kein Mann dem Mobilisierungsbefehl Folge geleistet hat. Bei den Tschechen wiederum ist die Liebe zum Staate auch nicht groß. Sie wollen wohl alle vom Vaterland leben, feiner aber möchte dafür sterben. Es ist sehr bezeichnend, daß gerade die Tschechen nach kurzer Anwesenheit bei ihren Kadern nach altösterreichischem Muster sich sehr bald wieder von ihrem Truppenteil entfernten. Ein tschechischer Regimentskommandant äußerte zu seinen Offizieren, es sei ihm lieb, daß so wenig Leute einrückten, denn er wüßte beim besten Willen nicht, was er mit noch mehr anfangen sollte. Nicht einmal für die Mobilisierung sind Uniformen da, ganz abgesehen von den Waffen. Wie eine solche Armee in Bewegung gesetzt werden soll, ist ein interessantes Problem.

Neue Blutjungen in Deutschböhmen.

Wien, 1. November. (B. T. B.) Nach einem Sonderbericht der „Reichspost“ aus Prag vollzieht sich die Mobilisierung der Tschecho-Slowakei unter einem gewaltigen militärischen Aufgebot. An den Straßenecken stehen Maschinengewehre und Artillerie blockiert die Bahnhöfe. Trotzdem begegnet die Mobilisierung den schwersten Hindernissen, nicht nur bei den Deutschen. In zahllosen Versammlungen werden Beschlüsse gegen die Einrückung gefaßt. Die blutigen Zusammenstöße bei diesen Gelegenheiten mehrten sich. Ähnlich wie in Graslitz suchten die tschechischen Behörden in Böhmen-Leipa eine Versammlung mit Waffengewalt zu sprengen. Schließlich schoß das tschechische Militär in die unbewaffnete Menge. Drei Tote und 21 Verwundete blieben auf dem Platze. Auch eine starke kommunistische Agitation gegen die Stellungspflicht bricht sich in den tschechischen Berg- und Hüttenrevieren Bahn.

Der Bund der Landwirte in Böhmen hielt am 29. und 30. Oktober in Karlsbad seinen Parteitag ab. Es wurde

dabei, wie die „Deutsche Landpost“ mitteilt, eine Entschließung gefaßt. Die Wiedergabe dieser Entschließung wurde aber vom Zensur unterdrückt, denn das Blatt zeigt an der Stelle eine große Lücke. Zweifellos richtete sich die Entschließung gegen die Mobilisierung, denn anschließend an die Zensururkunden stehen kurze Tatsachenberichte über die Vorfälle in Graslitz.

Entthronung des Hauses Habsburg.

Wien, 1. November. Nach den letzten Nachrichten aus Budapest hat die ungarische Regierung auf Grund der neuerlichen Demarche der Großen und Kleinen Entente einstimmig beschlossen, den Thronverlust des Erzherzogs Karl und des ganzen Hauses Habsburg unverzüglich auf gesetzlichem Wege durchzuführen, weil König Karl eine freiwillige Abdankung abgelehnt hat. Dieser Entschluß wurde auch den Budapest Vertretern der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und des rumänischen Regierungsrates mitgeteilt. Zur gleichzeitigen Durchführung des Beschlusses sind die Regierungen der Großen Entente, die bei der Absetzung Ungarns der Kleinen Entente ein Kontrollrecht übertragen werden mußte, und vorweisen darauf, daß bei der Absetzung Österreichs ebenfalls ein internationaler Militärkontrolldienst geschaffen werde.

Karls Ubergabe an die Entente

Budapest, 1. November. (Drahtber.) Wie die Blätter melden, hat der Sonderzug, der den König Karl zu dem englischen Kanonenboot zu bringen hatte, um 5 Uhr morgens die Station Batszgetz verlassen. Vor dem Zug des Königs fuhr ein mit Militär besetzter Sonderzug und hinter dem Zug des Königs fuhr ebenfalls ein mit Bewaffneten gefüllter Sicherungszug. Die Züge hielten bei der Donaubrücke zwischen Batszgetz und Baja. Der König stieg dann in einen Wagen, der ihn zu dem englischen Kanonenboot Slowworm brachte. Die ganze Umgebung war von Militär stark besetzt.

Dem Vetter Lloyd zufolge hat eine förmliche Übergabe des Königs an die Entente nicht stattgefunden. Die Regierung sei, wie das Blatt erklärt, gar nicht in die Lage gekommen, den König der Entente zu übergeben, da diese in Tiham bereits selbst durch einige höhere Offiziere die Bewachung des Königs besorgt hatte.

Bern, 1. November. (Drahtber.) Wie hier bekannt wird, hat die Umgebung des früheren Kaisers Karl Aufenthaltsgenehmigung in Luzern erhalten.

Finanznöte und Finanztorheiten des Verbandes

Auch in den Ländern unserer Gläubiger sind die Finanzen keineswegs erfreulich. Der große italienische Staatsmann Giolitti teilte in einer Rede mit, die italienischen Schulden vermehren sich jährlich um 6 Milliarden Mark und bringen den Staat in Bankrott, wenn nicht etwas energisches dagegen gelte. Der Vorschlag des französischen Haushaltes für 1922 schließt gleichfalls mit einem Fehlbetrag von 11 Milliarden Franken. Die französischen Finanzen haben sich ausschließlich auf die von Deutschland zu erwartenden Zahlungen eingestellt. Daß man in Frankreich doch allmählich an der Hoffnung auf die rettenden deutschen Zahlungen irre wird, zeigt ein Artikel von Jean Finot in der „Revue Mondiale“. Finot empfiehlt, die Gefahr eines deutschen Bankrottes dadurch zu vermeiden, daß England an Deutschland den Wert der Kolonien zahlen solle. Von einem französischen Verzicht will aber Finot nichts wissen. Bei den Finanzfragen der Verbandsmächte ist es eigentlich unverständlich, daß noch immer sinnlose Zerstörungen deutscher Werte gefordert werden. Die „Deutschen Werte“ in Hanau, Erfurt und Spandau werden durch eine plötzliche Entscheidung der Militär-Kommission unter General Rollet aufgefördert, wichtige Teile ihrer Anlagen zu schleifen und bereits bewilligte, zur Bearbeitung daliegende Rohstoffe zu vernichten. Dies bedeutet eine neuerliche Zerstörung von Millionenwerten und die Notwendigkeit, in diesen schweren Zeiten Zehntausende von Arbeitern zu entlassen. Bei dem unbedingt notwendigen Ermäßigung der Besatzungskosten geben die Verbandsmächte gleichfalls sehr zaghaft vor. Diese Politik muß mit Notwendigkeit den finanziellen Ruin Deutschlands beschleunigen und die Aussichten unserer Gläubiger auf Reparationszahlungen verringern.

Rücktritt der preussischen Regierung.

Berlin, 1. November. (B. T. B.) Das preussische Staatsministerium ist zurückgetreten, nachdem alle Bemühungen des Ministerpräsidenten, durch Umbildung des Kabinetts eine neue Regierung zu schaffen, die sich auf möglichst weite Kreise stützt, fehlgeschlagen sind. Es ist anzunehmen, daß der Rücktritt veranlaßt worden ist durch einen Beschluß der Landtagsfraktion der demokratischen Partei, worin es heißt, daß ihre Minister aus der jetzigen Regierung zurücktreten, um freie Bahn zur Bildung einer tragfähigen Regierung zu schaffen.

Das Kabinett Stegerwald war im April nach langwierigen parteipolitischen Schwankungen und Bedenken als eine Art Bergeheimsministerium entstanden. Es konnte sich nach seiner Zusammenfassung — Zentrum und Demokraten — nur auf eine parlamentarische Minderheit stützen und mußte immer bemüht sein, den benachbarten Parteien rechts und links keine Gefälligkeiten zu erweisen, um sich für Abstimmungen eine tragfähige Mehrheit zu sichern. Nach rechts hin ist ihm das gelungen. Die beiden bürgerlichen Parteien, die nicht im Kabinett vertreten waren, bezeugten ihm wohlwollende Neutralität; hatten sie doch schon bei der Wahl des Ministerpräsidenten für Stegerwald ihre Stimme abgegeben. Die Mehrheitssozialisten, die das Verschwinden ihrer Verantwortlichkeiten Seevering und Hähnich aus der Regierung nicht verschmerzen konnten, ließen sich dagegen nie zu besonderen Freundlichkeiten gegen das Kabinett Stegerwald bereithalten. Dessen Weiter begriff sehr bald die weinliche Unsicherheit seiner Stellung und unternahm es deshalb, wenigstens für Preußen — da im Reich die Aussichten dazu gar nicht verlockend waren — eine Verbreiterung der Plattform herbeizuführen. In seinem eigenen Blatt, im „Deutschen“ warb Stegerwald unaufhörlich für diesen Gedanken, und in öffentlichen Reden brachte er dafür immer wieder neue Gründe vor. Am liebsten wäre ihm zweifellos die „große Mitte“, von der Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten, gewesen; aber als die Dinge dem Reife nahe schienen, zerfiel der Nord an Erzberger und die ihm folgende vom Reichskanzler Dr. Wirth höchst persönlich eingeleitete Hege gegen rechts alle Hoffnungen. Ermutigt durch die Beschlüsse des Görlicher Parteitages der Mehrheitssozialisten nahm Stegerwald Ende September seinen Lieblingsplan mit erneuertem Eifer wieder auf, er fand dabei verständnisvolle Unterstützung durch den preussischen Landtagspräsidenten Veinert, der selbst die Verhandlungen zwischen den Fraktionen führte, aber eine Übereinstimmung konnte auch da nicht erreicht werden. Nunmehr wollte Stegerwald das Reich vorangehen lassen, wo sich ja auch auf gleiche Ziel gerichtete Bestrebungen geltend zu machen begannen. Indes, nachdem auch hier nichts zustande gekommen ist, was Stegerwald hätte ermutigen können, eine Erweiterung des Preußenkabinetts vorzunehmen u. als im Reich sich infolge des Fernbleibens der Demokraten aus dem neuen Kabinett Wirth dessen parlamentarische Basis auch verminderte, da scheint Stegerwald vermutlich die Lust endgültig verloren zu haben. Dazu kam noch, daß die Demokraten in Preußen den Spuren ihrer Fraktion im Reichstag folgten.

Diese Tatsache mag Stegerwald in seinem Entschlusse, mit dem gefamten Kabinett zurückzutreten, bestärkt haben. Was in Preußen werden soll, ist vorläufig noch ungewiß. Zu wünschen ist nur das eine, daß die Zeit der Unklarheit nicht wieder über so lange Wochen ausgedehnt wird, wie damals, ehe das Kabinett Stegerwald antrat.

Berlin, 2. November. (Drahtber.) Die preussische Regierungskrisis wird von den Wählern auf die Krisis im Reich zurückgeführt. Die Verhandlungen über die große Koalition in Preußen hätten bereits zu einer weitgehenden Einigkeit geführt, als der Verlauf der Krisis im Reich neue Schwierigkeiten geschaffen hat. Die Sozialdemokraten haben wegen des Verhaltens der Deutschen Volkspartei bei der Regierungskrisis im Reich erklärt, daß sie zur Zeit nicht mit dieser Partei zusammengehen könne. Gleichzeitig haben sie eine verschärfte Stellungnahme gegen das Kabinett Stegerwald angekündigt und auch durchblicken lassen, daß sie darüber hinaus gegebenenfalls zu dem Mittel der Obstruktion greifen würden, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen. Aus dieser Situation hätten die Demokraten gestern die Konsequenzen gezogen und ihre Minister aus dem Kabinett abberufen. Hinsichtlich der Neubildung des Kabinetts nennen die Blätter zwei Möglichkeiten, entweder Herstellung einer großen Koalition von der Deutschen Volks-

besonders an den wichtigsten Stellen...
von den...
Güter...
rühmlicher...
Zu mir...
Neben...
Rücktritt...
glicker...
Ziele...
Sind...
glicker...
Ziele...
Sind...